



Haltung zeigen

Ein Gespräch mit Susann Witt-Stahl zum Relaunch der Zeitschrift *Melodie & Rhythmus*: Über Gegenöffentlichkeit, Ideologiekritik und notwendige neue Impulse für den Kulturjournalismus. Außerdem: Zeit-Redakteure sehen Europa erwachen. Schwarzer Kanal von Arnold Schölzel

ACHT SEITEN EXTRA

Integriert

Im Sinne der USA: Vor 60 Jahren wurden die »Römischen Verträge« unterzeichnet. Von Jörg Kronauer

3

Aussortiert

Verein warnt: Obdachlosigkeit unter Jugendlichen in der Bundesrepublik wächst. Von Susan Bonath

5

Exekutiert

Auftragsmord: In Ukraine übergelaufer Politiker aus Russland auf offener Straße erschossen

7

Dechiffriert

Amok und Abbildung: Die Folgen kapitalistischer Formierungsprozesse. Von Götz Eisenberg

12

Grußbotschaft aus Ankara



OSMAN ORSAL/REUTERS

Bei aller Entrüstung über die Nazivergleiche des türkischen Präsidenten Erdogan geht eine handfeste Drohung beinahe unter.

Von Claudia Wangerin

Inhaftierte Oppositionspolitiker und Journalisten, zerstörte kurdische Städte hin oder her: Recep Tayyip Erdogan hat es geschafft, die Frage, wen er »Nazi« nennen darf, in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte um die deutsch-türkischen Beziehungen zu rücken. Am Freitag wiederholte der türkische Präsident nach einem Bericht der *Deutschen Presseagentur* bei einem Wahlkampfauftritt in Denizli sinngemäß seine Aussagen vom Vorabend: Bereits im Gespräch mit den TV-Sendern *CNN-Türk* und *Kanal D* hatte Erdogan erklärt, solange er als Diktator beschimpft werde, werde er sich entsprechend wehren. Die auch gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) persönlich gerichteten Nazivorwürfe Erdogans belasten das Verhältnis zwischen Berlin und Ankara seit einigen Tagen mehr, als es Menschenrechtsverletzungen im NATO-Partnerland Türkei je vermochten. Er wirft Merkel vor, sich

im Streit um die Auftrittsverbote für seine Minister in den Niederlanden und das Vorgehen gegen türkische Demonstranten dort auf die falsche Seite gestellt zu haben. »Und wenn wir dann sagen, dass das Faschismus und Nationalsozialismus ist, stört ihr euch daran. Das, was ihr tut, entspricht aber dieser Definition«, sagte er den Sendern. Er bedauere auch die Äußerungen seines »guten Freundes« Frank-Walter Steinmeier (SPD). Der frühere Außenminister hatte am Mittwoch nach seiner Verteidigung als Bundespräsident in der Antrittsrede einen Appell an Erdogan gerichtet, in dem kein Wort über die Angriffe der Armee auf kurdische Städte im Südosten der Türkei oder inhaftierte Oppositionspolitiker und Aktivisten fiel. An erster Stelle hatte Steinmeier problematisiert, dass Erdogan seinen Partner, die Bundesregierung, beleidigt hatte: »Beenden Sie die unsäglichen Nazivergleiche! Zerschneiden Sie nicht das Band zu

denen, die – wie wir – Partnerschaft mit der Türkei wollen! Respektieren Sie den Rechtsstaat, Freiheit von Medien und Journalisten!« Dann hatte Steinmeier die Freilassung eines von mehr als 150 in der Türkei inhaftierten Journalisten gefordert: »Geben Sie Deniz Yücel frei!«

Erdogan hatte am selben Tag eine Drohung gegen Europäer allgemein ausgestoßen: »Wenn Sie sich weiterhin so verhalten, dann wird morgen weltweit kein Europäer, kein Bürger des Westens in Sicherheit und Frieden die Straßen betreten können«, sagte er am Mittwoch laut Nachrichtenagentur *AFP* bei einer Rede in Ankara. Erdogan und seiner islamisch-konservativen Regierungspartei AKP wird nicht nur von Linken eine Nähe zu islamistischen Terrorgruppen unterstellt. Die Bundesregierung stellte diese Verbindung in einer als vertraulich eingestuften Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion selbst her, wie

das *ARD*-Hauptstadtstudio im August 2016 berichtete. Von türkischen »Unterstützungshandlungen« unter anderem für bewaffnete Islamisten in Syrien war darin die Rede.

Erdogan plant nach eigenen Angaben vor der Abstimmung über die Einführung eines Präsidialsystems Mitte April in der Türkei keinen Deutschlandbesuch mehr. Für den Fall, dass er durch ein »Ja« bei dem Referendum mehr Befugnisse bekommt, hat er schon die rasche Wiedereinführung der Todesstrafe in Aussicht gestellt.

Die deutsche Linksfraktion hat unterdessen für Montag eine Türkei-Konferenz im Paul-Löbe-Haus des Bundestags organisiert, zu der bewusst auch der Vorsitzende der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtas, eingeladen wurde – obwohl klar ist, dass er das türkische Gefängnis kurzfristig nicht verlassen kann.

■ Siehe auch Seite 6

Flüchtlinge: Unglück vor Küste Libyens

Rom. Bei einem Unglück im Mittelmeer könnten bis zu 250 Menschen ums Leben gekommen sein. Am Donnerstagabend hatten private Rettungsorganisationen von zwei Schlauchbooten berichtet, die vor der Küste Libyens gekentert seien. Fünf Tote seien in ihrer Nähe etwa 14 Seemeilen vom Ufer entfernt geborgen worden, hieß es in einer Mitteilung des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. »Angesichts der Tatsache, dass solche Schlauchboote normalerweise mit 120 bis 130 Menschen überladen werden, befürchten wir, dass die tatsächliche Zahl der Todesopfer weit höher ist und dass Dutzende Menschen mehr bei dem Unglück umgekommen sind«, teilte das UNHCR mit. (dpa/jW)

NSU: Brandenburgs 50 braune »Quellen«

Potsdam. Brandenburgs Verfassungsschutz hatte nach den Worten eines Juristen im Potsdamer NSU-Untersuchungsausschuss Dutzende Quellen in der rechten Szene. Alleine zwischen 1994 und 2011 seien es rund 50 Informanten gewesen, sagte der Rolfdieter Bohm am Freitag in der Sitzung des Ausschusses. »Das ist rein quantitativ eine hochbeachtliche Leistung«, zitierte ihn die *Berliner Zeitung*. Auch im Vergleich zu anderen Ämtern im Osten seien dies viele gewesen. Die Informanten seien teils nur einige Monate, andere über mehrere Jahre aktiv gewesen. Bohm hatte im Auftrag des Landtagsgremiums Verfassungsschutzakten gesichtet. Es soll klären, ob der Geheimdienst die Morde der neofaschistischen Terrorgruppe NSU begünstigte. (jW)

■ Achtung, Sommerzeit!

In der Nacht von Samstag zu Sonntag werden die Uhren um 2 Uhr eine Stunde auf 3 Uhr vorgestellt. Dann beginnt die Mitteleuropäische Sommerzeit.

jW wird herausgegeben von 2.031 Genossinnen und Genossen (Stand 16.3.2017)
 ■ www.jungewelt.de/lpg



ELN-Comandante erschossen

Kolumbiens Präsident Santos bejubelt Armeeaktion. Friedensprozess gefährdet

In Kolumbien haben Soldaten bei einem Gefecht im Süden des Departamentos Bolívar einen hochrangigen Kommandeur der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) getötet. Álvaro Gelves Ortega, der unter seinem Kampfnamen »Jairo« bekannt war, hatte an der Spitze der José-Antonio-Galán-Front der Guerillaorganisation gestanden. Kolumbiens Staatschef Juan Manuel Santos verkündete den Tod des Aufständischen über den Internetdienst Twitter und beglückwünschte die Sicherheitskräfte dazu, ihn »neu-

tralisiert« zu haben. Polizeichef Jorge Nieto teilte mit, bei dem Gefecht sei auch Jairos persönlicher Leibwächter getötet worden. Über weitere Einzelheiten informierten die Behörden des südamerikanischen Landes nicht.

Die ELN äußerte sich zunächst nicht zum Tod Jairos. In Kolumbien wird befürchtet, dass der Angriff der Armee die Ende vergangenen Jahres aufgenommenen Friedensgespräche zwischen der Guerilla und der Regierung gefährden könnte. Bereits am Donnerstag (Ortszeit) hatten Spre-

cher der ELN vor einem Scheitern gewarnt und erklärt, dass die anhaltende Repression gegen linke Bewegungen in Kolumbiens die Zweifel am Friedenswillen der Regierung wachsen lasse. »Es fällt auf, wie ineffektiv die Staatsanwaltschaft dabei ist, Aktionen gegen die Paramilitärs einzuleiten, die zahlreiche Regionen des Landes terrorisieren, während sie alle Kraft einsetzt, um soziale Aktivisten zu verfolgen«, heißt es in dem Statement, das von zwei Sprechern verlesen und als Video im Internet verbreitet wur-

de. Der Friedensprozess brauche dringende »humanitäre Aktionen«, um die Intensität des Konflikts zu verringern. Erneut verlangte die Guerilla einen bilateralen Waffenstillstand.

Die ELN ist neben den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) die zweite große Guerillaorganisation des Landes. Sie entstand in den 60er Jahren unter dem Eindruck der Revolution in Kuba und der Guerillatheorien Che Guevaras. Ihre heutige Stärke wird auf mehrere tausend Kämpfer geschätzt. (jW)